

PRESSEINFORMATION

Potsdam, 24. November 2025

Julia Sahi

SPD-Fraktion appelliert: Klare Zusage zur Fortführung der mehrjährigen Förderstrukturen für die frauenpolitischen Verbände

Gewalt gegen Frauen geschieht überwiegend im privaten Umfeld – in Partnerschaften, Familien und dem unmittelbaren sozialen Nahraum. Sie zählt zu den schwersten, zugleich aber am häufigsten unterschätzten Menschenrechtsverletzungen. Für die SPD-Landtagsfraktion ist klar: Gewalt gegen Frauen ist keine Randnotiz, sondern eine Straftat, die konsequente Prävention, Schutz und Strafverfolgung verlangt.

Brandenburg hat in den vergangenen Jahrzehnten wichtige Fortschritte beim Gewaltschutz erreicht. Mit der Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben der Istanbul-Konvention und dem bundesweit geltenden Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung setzen wir diesen Weg konsequent fort. Das Netzwerk der Brandenburgischen Frauenhäuser und der Frauenpolitische Rat sind dabei seit vielen Jahren tragende Säulen der Gleichstellungsarbeit und des Gewaltschutzes im Land.

Um diese Arbeit möglich zu machen, braucht es nicht nur Engagement – es braucht verlässliche Strukturen. Genau deshalb hat Brandenburg seit 2020 richtigerweise auf überjährige Förderzusagen gesetzt. Diese Dreijahresförderungen entlasten Träger, Verbände und Verwaltung von Bürokratie, sichern die Qualität der Arbeit in Frauenhäusern, Fachstellen, Präventions- und Täterarbeitseinrichtungen.

Irritiert hat die frauenpolitische Sprecherin Julia Sahi die jüngsten Hinweise zur Kenntnis genommen, wonach Frauenministerin Britta Müller nun eine abweichende Rechtsauffassung vertritt und die bisherige mehrjährige Förderpraxis infrage stellt. Die offenen Briefe des Netzwerks der Brandenburgischen Frauenhäuser und die Stellungnahmen des Frauenpolitischen Rates machen deutlich: Die Verunsicherung ist groß – und sie gefährdet zentrale Strukturen im Land.

PRESSESTELLE

Katja Schneider
Pressesprecherin

E-Mail:
katja.schneider@spd-fraktion.brandenburg.de

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 1316
Mobil: 0173 / 584 3734



Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November fordert die SPD-Landtagsfraktion deshalb, die Fortführung der mehrjährigen Förderzusagen sicherzustellen.

Dazu sagt Julia Sahi: „Frauenhäuser, Beratungsstellen, Fachstellen und Präventionsangebote brauchen Planungssicherheit – politisch, organisatorisch und finanziell. Ohne Verlässlichkeit drohen Qualitätseinbußen, Brüche in der Versorgung und zusätzliche Belastungen, die gerade in Zeiten wachsender Bedarfe schädlich wären.

Die Planbarkeit frauen- und gleichstellungspolitischer Arbeit ist entscheidend für die Umsetzung des Verfassungsauftrags im Land Brandenburg und für das Erreichen der Ziele der Landesregierung. Sie ist zugleich ein Signal an alle, die sich täglich für Schutz, Aufklärung und Unterstützung einsetzen.“